



Beschlussvorlage	Vorlagennummer: 2023/161
Federführend: Referat Landrat, Kreistag und Öffentlichkeitsarbeit	Status: öffentlich
	Datum: 08.11.2023

Beratungsfolge (Zuständigkeit)	Sitzungstermin	Status
Kreisausschuss (Vorberatung)	20.12.2023	N
Kreistag des Landkreises Peine (Entscheidung)	20.12.2023	Ö

Im Budget enthalten:	nein	Kosten (Betrag in €):	---
Mitwirkung Landrat:	ja	Qualifizierte Mehrheit:	nein
Relevanz			
Gender Mainstreaming	nein	Migration	nein
Prävention/Nachhaltigkeit	nein	Bildung	nein
Klima-/Umwelt-/Naturschutz	nein		

Schutz und Asyl für Kriegsdienstverweigerer aus Russland, Belarus und der Ukraine

Beschlussvorschlag:

Der Antrag „Schutz und Asyl für Kriegsdienstverweigerer aus Russland, Belarus und Ukraine“ wird abgelehnt.

Sachdarstellung

Inhaltsbeschreibung:

Die Gruppe DieBasis/Reimers hat einen Antrag zu Schutz und Asyl für Kriegsdienstverweigerer aus Russland, Belarus und Ukraine gestellt.

Eine Erklärung des Landkreises Peine als „sicherer Hafen“ für Kriegsdienstverweigerer aus Russland, Belarus und der Ukraine wird als nicht notwendig erachtet, da für den vorgenannten Personenkreis die Möglichkeit besteht, als politisch Verfolgte einen Asylantrag in Deutschland zu stellen. Damit wird ein Asylverfahren in Gang gesetzt, es erfolgt eine Zuweisung an Länder und Kommunen über die generelle Quotierung.

Seit dem 01.01.2022 wurden im Landkreis Peine ca. 3.200 Personen (Geflüchtete) aufgenommen. Hiervor sind ca. 2.200 Personen aus der Ukraine geflohen (ukrainische Staatsangehörige, oder Personen, die bei Kriegsausbruch in der Ukraine lebten, aber nicht die ukrainische Staatsangehörigkeit besitzen).

Die aktuelle Aufnahmequote (ab 01.10.2023) beträgt 636 Personen. Aufgrund der Übererfüllung der Vorquote um 144 Personen, besteht für den Landkreis Peine somit aktuell eine Aufnahmeverpflichtung von 492 Personen bis zum 31.03.2024.

Ziele / Wirkungen:

Mit der Ablehnung einer zusätzlichen „freiwilligen“ Aufnahme auf Grundlage einer Erklärung als „sicherer Hafen“ wird eine Mehrbelastung für den Landkreis und die aufnehmenden kreisangehörigen Kommunen (Wohnraum, Betreuung etc.) vermieden.

Schlussfolgerung:

Eine Erklärung des Landkreises Peine als „sicherer Hafen“ für Kriegsdienstverweigerer aus Russland, Belarus und der Ukraine“ ist nicht notwendig, da diese Personen einen Asylantrag in Deutschland stellen können.

Anlagen

Antrag Gruppe DieBasis/Reimers

Referat Landrat

LR EKR I II III

FD: RA

Gruppe DieBasis / Reimers

Eingang 27. NOV. 2023

Landkreis Peine
Landrat Henning Heiß
Burgstrasse 1

erforderlich: zur weiteren Bearbeitung
 Bericht Rücksprache LR
Sonstiges: Kenntnis zum Verbleib
WV: Hz: SB

31224 Peine

Gruppe dieBasis / Reimers:Birgit Reimers
Christian Meyer**E-Mail:**birgit.reimers1@gmx.de
christian.meyer@diebasis-peine.de<https://diebasis-peine.de/>

Edemissen, 24.11.2023

Antrag: „Schutz und Asyl für Kriegsdienstverweigerer aus Russland Belarus und der Ukraine“

Sehr geehrter Landrat Heiß,

aus aktuellem Anlass und in Anlehnung an das Engagement des Niedersächsischen Flüchtlingsrat, bitten wir folgende Anträge zur Abstimmung zu bringen:

1. Der Kreistag unterstützt wie der niedersächsische Flüchtlingsrat die Initiative

„Schutz und Asyl für Kriegsdienstverweigerer aus Russland Belarus und der Ukraine“

Der Kreistag möge beschließen, dass sich der Landkreis Peine als "sicheren Hafen" für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus der Ukraine, der Russischen Föderation und Belarus erklärt!

2. Der Kreistag appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Beendigung des Ukraine-Krieges einzusetzen, insbesondere für vorbedingungslose Friedensverhandlungen zwischen den beteiligten Konfliktparteien und dafür, dass die Menschen beider Kriegsparteien nicht länger als Kanonenfutter an die Front eines sinnlosen Krieges geschickt werden!

Diesem Vorschlag liegt das Engagement eines Zusammenschluss von 30 zivilgesellschaftlichen Gruppen zugrunde, welches auch vom Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. unterstützt wird!

Um die Unterstützung aller Kreistagsmitglieder wird gebeten!

Siehe dazu:

<https://www.nds-fluerat.org/57213/aktuelles/30-organisationen-rufen-zum-10-dezember-zu-einer-aktionswoche-auf/>

Während sich für ukrainische Wehrdienstverweigerer und Deserteure, auf Grund gelockerter Einreisebedingungen, eine Flucht nach Deutschland und ein entsprechendes Asylbegehren meist weit einfacher gestaltet, ist es für wehrpflichtige Bürger der Russischen Föderation und Belarus oft nur schwer möglich notwendige Visa für die Einreise in die EU zuzubekommen. Somit kann diese Personengruppe, welche unsere vollste Unterstützung verdient, nur schwer einen Asylantrag in einem sicheren Drittstaat der EU bzw. Deutschland stellen.

Weitere Informationen zu Thema und aktuelle Fernsehberichterstattung:

Angst vor Kriegseinsatz:Ukrainer auf der Flucht vor dem Militärdienst

Von Michel Krasenbrink und Lisa Jandi

Datum: 25.09.2023 21:48 Uhr, Quelle: ZDF-Mediatek

<https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/kriegsdienst-verweigerung-flucht-deutschland-ukraine-krieg-russland-100.html>

In der Ukraine gibt es kein allgemeines Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Die Grenzen sind für die meisten Männer geschlossen - einigen gelingt trotzdem die Flucht vor der Armee. Rund 180.000 ukrainische Männer im Alter von 18 bis 60 Jahren sind seit Kriegsbeginn nach Deutschland geflohen und halten sich hier immer noch auf.

Die Ukraine braucht mehr Soldaten. Daher läuft eine Rekrutierungskampagne. Ein Recht auf Verweigerung gibt es faktisch nicht!

Männer, die nicht kämpfen wollen, sind für die ukrainische Regierung ein Reizthema. Kriegsdienstverweigerern drohen in der Ukraine Haftstrafen oder die Zwangsrekrutierung. Einigen gelingt dennoch die Flucht, unter anderem nach Deutschland und in andere europäische Länder.

Ukraine fordert Auslieferung geflüchteter Männer

Anfang September verschärfte sich die Debatte. Zuvor hatte David Arachamia, Fraktionsvorsitzender der ukrainischen Regierungspartei, eine Auslieferung der geflohenen Männer gefordert. Für die meisten deutschen Politiker ist eine Auslieferung derzeit undenkbar. Zu ihnen gehört Roderich Kiesewetter, CDU-Bundestagsabgeordneter:

“Wenn jemand den Kriegsdienst verweigert, genießt er in der Bundesrepublik natürlich einen besonderen Schutz.“

Roderich Kiesewetter, CDU-Bundestagsabgeordneter

Kriegsdienstverweigerung müsse immer möglich sein, sagt Katrin Göring-Eckardt (Grüne), Bundestagsvizepräsidentin. Das gelte auch in diesem Fall.

Ukrainerinnen und Ukrainer dürfen sich derzeit als Kriegsflüchtlinge auch ohne Asylantrag in der Europäischen Union aufhalten. Das regelt die sogenannte Massenzustromrichtlinie der EU, beschlossen im März 2022.

Militärdienst in Ukraine nur aus religiösen, nicht aus Gewissensgründen verweigerbar

Darüber hinaus können ukrainische Männer in Deutschland einen Asylantrag stellen, wenn sie befürchten, in der Ukraine wegen Kriegsdienstverweigerung verfolgt zu werden.

Eine Verweigerung des Militärdienstes aus Gewissensgründen ist in der Ukraine nicht möglich, anders als in Deutschland. Ukrainische Männer dürfen lediglich aus religiösen Motiven den Kriegsdienst verweigern, so regelt es die ukrainische Verfassung.

Das Recht gilt allerdings nur für Mitglieder bestimmter religiöser Minderheiten, die den Gebrauch von Waffen ablehnen. Die meisten Männer haben kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung.

30 Organisationen rufen zum 10. Dezember zu einer Aktionswoche auf

Von pax christi

Für den 10. Dezember 2023, dem Internationalen Tag der Menschenrechte, rufen mehr als 30 Organisationen aus Europa, darunter auch der Niedersächsische Flüchtlingsrat, zu Aktionswochen zum Schutz für all diejenigen auf, die in Russland, Belarus und der Ukraine den Kriegsdienst verweigern. In dem Aufruf heißt es:

Viele Menschen aus Russland und Belarus, aber auch der Ukraine, denen der Kriegsdienst droht, versuchen sich diesem zu entziehen: Sie wollen keine anderen Menschen töten und auch nicht in diesem Krieg sterben. Soldaten an der Front wollen angesichts des Grauens ihre Waffen niederlegen. Ihnen allen drohen dafür Repression und Gefängnisstrafen, in Belarus bis hin zur Todesstrafe. Aber: Kriegsdienstverweigerung ist ein international anerkanntes Menschenrecht!

· **Wir fordern von den Regierungen Russlands, Belarus‘ und der Ukraine:** Stellen Sie die Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren umgehend ein!

· **Wir fordern von der EU und der Bundesregierung:** Öffnen Sie die Grenzen! Geben Sie Kriegsgegnern die Möglichkeit der Einreise in die Europäische Union! Schützen Sie Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus Russland, Belarus und der Ukraine und geben Sie ihnen Asyl!

Dafür organisieren wir in der Woche vor dem "Internationalen Tag der Menschenrechte" – vom 4. bis zum 10. Dezember 2023 – Kundgebungen und Demonstrationen vor russischen, belarussischen und ukrainischen Regierungseinrichtungen sowie EU-Vertretungen, Mahnwachen vor Deserteursdenkmälern und weitere kreative Aktionen an verschiedenen Orten. Wir betonen dabei: Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht!

#ObjectWarCampaign #StandWithObjectors

Weitere Infos unter <https://de.Connection-eV.org/article-3851>

Wer wir sind:

Wir sind ein Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen und sind solidarisch mit allen Menschen, die sich gegen Krieg einsetzen. Wir laden alle Menschen ein, die sich gegen Krieg und gegen Aufrüstung einsetzen möchten! Für Menschen und Gruppen aus dem nationalistischen und antidemokratischen Spektrum ist auf unseren Aktionen kein Platz.

Gruppen und Organisationen, die sich an den Aktionswochen beteiligen wollen, wenden sich bitte an office@Connection-eV.org oder svg@dfg-vk.de. Weitere Informationen sind erhältlich über <https://objectwarcampaign.org>.

Es rufen auf: *act for transformation; Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF); Arbeitskreis Asyl Tribsees; Aseistakieltäytyjäliitto; Association of the Greek Conscientious Objectors; Begegnungszentrum für aktive Gewaltlosigkeit; Bund für Soziale Verteidigung; Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V.; Center on Conscience and War; Church and Peace; Connection e.V.; Conscience and Peace Tax International; Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK); European Bureau for Conscientious Objection (EBCO); Ev. Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK); FemArtAct Social Cooperative; Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V.; Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.; Flüchtlingsrat Schleswig Holstein e.V.; Frauennetzwerk für Frieden e.V.; Friedensbüro Salzburg; Graswurzelrevolution – Monthly Newspaper for a Nonviolent, Non-Dominant Society; Internationale der KriegsdienstgegnerInnen (IDK); IPPNW – Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges / Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e.V.; Internationaler Versöhnungsbund – Deutscher Zweig e.V.; Komitee für Grundrechte und Demokratie; Kooperation für den Frieden; Lebenshaus Schwäbische Alb – Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie e.V.; NaturFreunde Deutschlands e.V.; Netzwerk Friedenskooperative; pax christi – Deutsche Sektion e.V.; Schweizerischer Zivildienstverband CIVIVA; Stop Wapenhandel; Vicdani Ret Izleme / Conscientious Objection Watch; War Resisters' International;*

Aktuelle Zahlen, September 2023

von Rudi Friedrich

(19.09.2023) Wir wissen, dass Tausende Militärdienstpflichtige aus Russland geflüchtet sind. Es ist aber nicht möglich, genaue Zahlen über Desertion, Kriegsdienstverweigerung und Militärdienstentziehung in Russland zu erhalten. Keine Statistik erfasst, wie viele es wirklich sind.

Auf Grundlage neuer Informationen aktualisieren wir unsere Schätzung für die Zahl der geflüchteten militärdienstpflichtigen Männer aus Russland. Wir kommen nun auf eine Zahl von zumindest 250.000 geflohenen militärdienstpflichtigen Männern.

Im September 2022 hatten wir auf Grundlage verschiedener Statistiken eine **Schätzung** erstellt, wie viele militärdienstpflichtige Männer aus Russland, Belarus und der Ukraine geflohen sind. Für Russland kamen wir dort auf eine Schätzung von mindestens 150.000, für Belarus auf zumindest 22.000 und für die Ukraine auf zumindest 170.000. Inzwischen dürften diese Zahlen gestiegen sein. Auf Grundlage neuer Informationen wollen wir deshalb mit dieser Zusammenstellung unsere Schätzung für die Zahl der geflüchteten militärdienstpflichtigen Männer aus Russland aktualisieren.

Quelle: Connection-eV.org

Eine gute Darstellung der rechtlichen Lage zur Möglichkeit der Wehrdienstverweigerung, im jeweiligen Land, finden Sie unter folgendem Link auf der Seite vom Pro Asyl:

<https://www.proasyl.de/hintergrund/kriegsdienstverweigerung-und-desertion-belarus-russische-foederation-und-ukraine/>

Das große Problem für Wehrdienstverweigerer aus Russland ist derzeit auch häufig eine widersprüchliche Argumentationsline bei der Anerkennung bzw. Ablehnung der Asylanträge:

Bundesamt für Migration lehnt Asyl für russischen Verweigerer ab.
Russland, Belarus, Ukraine: Wie steht es um den Schutz der Verweigerer?

„Ende Januar 2023 lehnte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) den Asylantrag eines russischen Verweigerers ab, der sich einer möglichen Rekrutierung entzogen hatte, und schrieb in dem Bescheid: »Es ist nicht mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass der Antragsteller gegen seinen Willen zwangsweise zu den Streitkräften eingezogen würde.« Wie kann das sein? Noch im September 2022 gab es in Deutschland eine seltene parteiübergreifende Einigkeit, dass russische Militärdienstentzieher, Verweigerer und Deserteure geschützt werden sollen. Das BAMF aber schafft Fakten, lehnt einen Verweigerer ab und bezieht sich dabei auf längst überholte Argumente. Es stellt sich die Frage, wie viele derartige Bescheide vom Bundesamt für Migration ausgestellt wurden, die in so eklatanter Weise die Rechte der Antragsteller verletzen. (...) Ausführlich lautet die Begründung des Bundesamtes: »Allerdings ist nicht mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass der Antragsteller, ein (über 40-jähriger) Staatsangehöriger der Russischen Föderation, der nach seinen Angaben keinen Wehrdienst abgeleistet hat und damit nicht über militärische Vorkenntnisse und auch sonst nicht über (militärisch relevante) Spezialkenntnisse verfügt, überhaupt gegen seinen Willen zwangsweise zu den Streitkräften eingezogen würde. Gemäß § 22 des föderalen Gesetzes ‚Über die Wehrpflicht und den Militärdienst‘ werden alle männlichen russischen Staatsangehörigen im Alter zwischen 18 und 27 Jahren zur Stellung für den Pflichtdienst in der russischen Armee einberufen. Aus den vorliegenden Erkenntnismittel ergibt sich nicht, dass die Russische Föderation aus Anlass des Krieges mit der Ukraine über die genannte Altersgruppe hinaus im Rahmen einer Teil- oder Generalmobilmachung weitere Jahrgänge zu den Streitkräften einziehen würde oder eine solche Mobilmachung in absehbarer Zeit bevorstehen würde. Eine solche Mobilmachung wird auch sonst für unwahrscheinlich gehalten, insbesondere, da sie nicht mit dem russischen Narrativ einer nach Plan verlaufenden, begrenzten ‚Spezialoperation‘ zu vereinbaren und innenpolitisch kaum zu vermitteln wäre.« Dieser Bescheid erging im Januar 2023, also vier Monate nach der Verkündung der Teilmobilmachung in Russland. Auch die weitere Faktenlage wird von Organisationen, die sich seit vielen Jahren mit diesen Themen beschäftigen, ganz anders eingeschätzt. Der Internationale Versöhnungsbund führte Mitte Oktober 2022 in einer Expertise für die Vereinten Nationen aus: »In der Praxis werden Vorladungen an Wehrpflichtige ohne Unterschrift in den Briefkasten gesteckt. Das Datum des Erscheinens kann außerhalb der Einberufungsfristen angegeben werden. Und anstelle des spezifischen Zwecks des Aufrufs enthält die Vorladung die allgemeine Formulierung ‚Klärung von Daten‘. Wenn ein Wehrpflichtiger in einer solchen Situation ein Militärkommissariat aufsucht, kann er sofort am Tag des Besuchs zum Militärdienst einberufen werden.« Formal, dem Gesetz nach, sind für Erfassung, für Musterung und die Einberufung amtliche, persönlich zugestellte, Schreiben notwendig. Der Wehrpflichtige muss den Empfang mit seiner Unterschrift bestätigen. Dieser formale Weg wird aber in Russland nicht mehr eingehalten.

Anders als vom BAMF behauptet, ist eine Rekrutierung auch über das 27. Lebensjahr hinaus möglich.

Am 25. Mai 2022 verabschiedete die Duma ein Gesetz externer Link, womit auch Männer bis zu 65 Jahren zur Armee eingezogen werden können. (...) Die Praxis des BAMF entspricht nicht der dramatischen und lebensbedrohlichen Situation, in der sich die Schutzsuchenden befinden. Mit Blick auf die aktuellen Fluchtbewegungen aus Russland, Belarus und der Ukraine fordern PRO ASYL und Connection e.V. deshalb: Russische Staatsbürger sollten auch von Ländern außerhalb Russlands Anträge zur Aufnahme in die Europäische Union stellen können. (...) Die Grenzen müssen geöffnet werden! Flüchtlinge müssen die Möglichkeit haben, Länder zu erreichen, die ihnen einen sicheren Aufenthalt gewähren können. (...) Die EU sollte ein Aufnahmeprogramm beschließen, damit diejenigen russischen Staatsbürger, die sich unter großem Risiko von der Regierung ihres Landes abgewandt haben, Möglichkeiten der Ausbildung und Beschäftigung erhalten. Ukrainische Kriegsdienstverweigerer, die aufgrund ihrer Entscheidung mehrjährige Haftstrafen befürchten müssen, wenn sie einmal in die Ukraine zurückkehren, verdienen ebenfalls die Unterstützung der EU und müssen hier die Chance auf Schutz erhalten. Die Ukraine ist aufzufordern, das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung umzusetzen.“

Beitrag von Rudi Friedrich vom 17. Februar 2023 bei Connection e.V.

<https://de.connection-ev.org/article-3735>

Sehr geehrter Landrat, sehr geehrte Kreistagsmitglieder,

ich hoffe ich konnte Ihnen mit den vorangestellten Textpassagen und Verlinkungen notwendige Informationen bereitstellen um sich über das Thema des Antrags ausreichend zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen



Birgit Reimers
Gruppe DieBasis / Reimers



Christian Meyer